



über die 4. Sitzung
des Rates
am Donnerstag, dem 28. September 2000
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 17:30 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD

Frau Bartosch
Herr Behrens
Frau Ciecior
Herr Drescher
Frau Dyduch
Herr Eckardt
Herr Etzold
Frau Filthaut
Frau Gube
Frau Hartig
Herr Henning
Herr Hupe
Frau Jung
Herr Kaminski
Herr Lipinski
Frau Lungenhausen
Herr Madeja
Herr Müller
Frau Müller
Herr Rickwärtz-Naujokat
Herr Skodd
Herr Stahlhut

Ratsmitglieder CDU

Herr Ebbinghaus
Frau Gerdes
Herr Hasler
Herr Hitz
Frau Jacobsmeier
Herr Kissing
Herr Klein
Herr Kloß
Herr Lehmann
Herr Menken
Frau Middendorf
Herr Plümpe
Frau Scharrenbach

Herr Schneider
Herr Weber
Herr Weigel

Ratsmitglieder Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Brinkmann
Frau Bucek
Herr Kühnappel
Frau Schneider

Ratsmitglieder F.D.P.

Herr Bremmer
Herr Nieme

Verwaltung

Herr Baudrexl
Herr Brüggemann
Herr Erdtmann
Herr Flaskamp
Herr Lantin
Frau Schwenzner
Herr Sostmann
Herr Tost

Herr Bürgermeister **Erdtmann** begrüßte die Anwesenden, stellte die ordnungsgemäße und fristgerechte Zustellung der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die Sitzung.

Änderungsanträge zur Tagesordnung wurden nicht gestellt.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Verabschiedung eines Ratsmitgliedes	
2.	Einführung und Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes	
3.	Umbesetzung von Ausschüssen, Beiräten und Organen von Gesellschaften hier: Antrag der CDU-Fraktion	139/2000
4.	Wahl der Delegierten für die Verbandsversammlung des Lippeverbandes	148/2000
5.	Bildung einer Einigungsstelle nach § 67 des Landespersonalvertretungsgesetzes NW hier: Bestellung des Vorsitzenden, des Stellvertreters und der Beisitzer	168/2000

6.	Neuordnung des Schulwesens in Kamen 1. Schulentwicklungsplan 2005 2. Schulorganisatorische Maßnahmen an den Gesamtschulen 3. Standortvorschläge für die Realschule und die Hauptschule 4. Rechtsverordnung über die Bildung von Schulbezirken und Schuleinzugsbereichen	159/2000
7.	Jahresabschluss des Städt. Hellmig-Krankenhauses Kamen für das Jahr 1999	144/2000
8.	Jahresabschluss Städt. Sparkasse Kamen 1999	134/2000
9.	- Jahresabschluss Städt. Sparkasse Kamen 1999 - Entlastung der Sparkassenorgane	135/2000
10.	Beteiligungsbericht 1999	150/2000
11.	Überplanmäßige Ausgaben im II. Quartal 2000	133/2000
12.	Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe für die Sanierung des Bürgerhauses in Kamen-Heeren, HhSt. 880.95000 hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung	176/2000
13.	Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe bei der HhSt. 4557.67225 Heimpflegekosten	166/2000
14.	Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe für das Lernen mit neuen Medien	171/2000
15.	Haushaltssituation im laufenden Haushaltsjahr	
16.	Aufstellung einer Europaflagge im Ratssaal hier: Antrag der CDU-Fraktion	
17.	Einwohnerfragestunde	
18.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

1.3 Jugendhilfeausschuss

stellvertr. Mitglied:

bisher: Ralf Eisenhardt neu: Rüdiger Plümpe

1.4 Planungs- und Umweltausschuss

ordentl. Mitglied

bisher: Werner Hitz neu: Rosemarie Gerdes

stellvertr. Mitglied:

bisher: Rosemarie Gerdes neu: Werner Hitz

1.5 Wahlprüfungsausschuss

ordentl. Mitglied:

bisher: Ralf Eisenhardt neu: Werner Hitz

1.6 Behindertenbeirat

ordentl. Mitglied:

bisher: Ralf Eisenhardt neu: Friedrich-Wilhelm Menken

1.7 Gleichstellungsbeirat

ordentl. Mitglied:

bisher: Tina Bucek neu: Gabi Lenkenhoff

stellvertr. Mitglied:

bisher: Ralf Eisenhardt neu: Friedrich-Wilhelm Menken

bisher: Anke Schneider neu: Monika Hennings

2. Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen, Bönen, Bergkamen

Mitglied in der Gesellschafterversammlung:

bisher: Ralf Eisenhardt neu: Regina Jacobsmeier

3. Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH

stellvertr. Mitglied im Aufsichtsrat:

bisher: Ralf Eisenhardt neu: Wilfried Weigel

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 4.

148/2000

Wahl der Delegierten für die Verbandsversammlung des Lippeverbandes

Beschluss:

Der Rat wählt als Delegierte für die Verbandsversammlung des Lippeverbandes für die Amtsperiode 2000 – 2005:

SPD

Hermann Hupe

Hartmut Madeja

CDU

Susanne Middendorf

Verwaltung gem. § 113 Abs. 2 GO:

Hans-Jochen Baudrexl

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 5.

168/2000

Bildung einer Einigungsstelle nach § 67 des Landespersonalvertretungsgesetzes NW

hier: Bestellung des Vorsitzenden, des Stellvertreters und der Beisitzer

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen ist sich mit der Personalvertretung der Stadtverwaltung darüber einig, dass die Einigungsstelle neben dem Vorsitzenden und dem stellv. Vorsitzenden aus je 5 Beisitzern bestehen soll.

Als Vorsitzender wird

Herr Ulrich Schlegel, Im Obstgarten 4, 59199 Bönen

- Vorsitzender Richter beim Landesarbeitsgericht Hamm -,

und als stellv. Vorsitzender

Herr Dr. Ludwig Diers, Eschenbuschstr. 24, 59069 Hamm

- ehem. Leiter des Arbeitsgerichtes Hamm -,

bestellt.

Als Beisitzer werden bestellt:

Hans-Jochen Baudrexl

Heiner Flaskamp

Reinhard Lantin

Ralf Tost

Norbert Vehlow

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Neuordnung des Schulwesens in Kamen

1. Schulentwicklungsplan 2005
2. Schulorganisatorische Maßnahmen an den Gesamtschulen
3. Standortvorschläge für die Realschule und die Hauptschule
4. Rechtsverordnung über die Bildung von Schulbezirken und Schuleinzugsbereichen

Herr **Flaskamp** legte dar, dass der Rat der Stadt Kamen am 29.05.1968 die Errichtung einer Gesamtschule beschlossen habe. Dieser Beschluss habe mehr als 30 Jahre die Schullandschaft in Kamen geprägt. Gleiches könne für den heutigen Beschluss gelten. Sollte ein entsprechender Beschluss gefasst werden, werde in Zukunft in Kamen neben dem integrierten Gesamtschulsystem das volle differenzierte Schulsystem angeboten. Damit erhielten einerseits die Eltern die Möglichkeit, jeden Schulwunsch für ihre Kinder in Kamen zu realisieren und auf der anderen Seite ergäbe sich für die Gesamtschule als zukünftige Angebotsschule die Möglichkeit, ihre Qualität noch zu steigern und weiterhin ein Eckpfeiler der Kamener Schullandschaft zu sein. Da die Beschlussvorlage bereits ausgiebig diskutiert worden war, verzichtete Herr Flaskamp auf die Vorstellung von Details und bat um Zustimmung.

Herr **Lipinski** unterstrich, dass am heutigen Tage ein weiterer wichtiger Schritt zur Neuordnung des Schulwesens in Kamen getan werde. Die Verwaltung sei beauftragt worden, ausgehend von der Schulentwicklungsplanung, Vorschläge für die schulorganisatorischen Maßnahmen an den Gesamtschulen zu unterbreiten und Standortvorschläge für die Real- und Hauptschule zu unterbreiten. Diese Vorbereitungsphase der Verwaltung sei von allen im Rat vertretenen Fraktionen positiv und konstruktiv begleitet worden. Insofern könne davon ausgegangen werden, dass das vorgelegte Konzept für die nächsten Jahre tragfähig sein könne. Zielvorstellung für die Vorschläge musste sein, möglichst realistische, kostengünstige und akzeptable Empfehlungen zu unterbreiten. Dies sei der Verwaltung weitestgehend gelungen und dafür gebühre ihr Dank. Wichtig sei für seine Fraktion gewesen, die Zusammenführung der Gesamtschulen im Einvernehmen beider Schulen und der am Schulleben Beteiligten beschreiben zu könne. Herr Lipinski bedankte sich bei den Gesamtschulen auch für die kooperative Hilfe bei der Suche nach einem geeigneten Standort für die Realschule. Die Neuordnung des Schulwesens in Kamen sei aus Sicht der SPD-Fraktion nur mit allen Komponenten zu beschreiben. So gehörten die einvernehmliche organisatorische Zusammenführung der Gesamtschulen zu einer Angebotsschule, die Einrichtung der Hauptschule und auch die Lösung der Standortfrage mit der Zügigkeit der benannten Schulen zusammen. Die Akzeptanz für die Hauptschule mit der geforderten 2-Zügigkeit sei nur durch einen zentralen Innenstadtstandort zu erreichen. Nach Auffassung seiner Fraktion sei dies nur durch die Verlagerung der Josefschule zu leisten. Seiner Kenntnis nach seien Gespräche mit den Betroffenen geführt worden, die Notwendigkeiten dargelegt und Hilfen für die entstehenden Zwangssituationen zugesagt worden. Gewarnt werden müsse vor den vielen Wenn und Aber, da nach Auffassung seiner Fraktion bei Wegfall einer Komponente das Gesamtkonzept gefährdet sei. Der von allen Beteiligten gezeigte gute Willen solle daher fortgeführt werden, um für die Zukunft ein adäquates Angebot an alle Eltern und Schülerinnen und Schüler machen zu können.

Herr **Kissing** bezog sich auf die Aussage „aufgrund einer Bürgeranregung wird beschlossen“ im überarbeiteten Schulentwicklungsplan und bezeichnete diese Bürgeranregung als Auslöser für die Neuordnung des

Schulwesens in Kamen. In diesem Zusammenhang erinnerte Herr Kissing an die Bemühungen der Eltern in der Vergangenheit mit dem Ziel, das Schulsystem zu ergänzen. Seinerzeit sei der Elternwille sowohl aus der Politik als auch aus der Verwaltung heraus blockiert worden. Die CDU-Fraktion habe sich über Jahrzehnte für eine Veränderung des Schulwesens in Kamen eingesetzt und begrüße daher ausdrücklich den Wandel im schulpolitischen Denken. Herr Kissing dankte auch dem Verein Förderer einer Haupt- und Realschule, der sich nicht nur für den Beschluss eingesetzt habe, sondern darüber hinaus jetzt auch bei der Information über das neue Schulwesen mithelfe. Sein Dank richtete sich auch an die Verwaltung, die den Verein unterstütze.

Die Ergänzung des Schulsystems um eine Haupt- und eine Realschule sei konsequent. Dadurch bestünden in Kamen zukünftig zwei konkurrierende Schulsysteme. Diese beiden Schulsysteme böten viele Chancen, da ein wohlverstandener Wettbewerb auch im Schulbereich nicht schaden könne. Die Eltern müssten sich im Interesse ihrer Kinder für ein Schulsystem entscheiden. Seine Fraktion hoffe, dass als ein Aspekt unter vielen die Chance auch so verstanden werden könne, über die dann etwas kleineren Schulen und sinkenden Schülerzahlen das Schulangebot inhaltlich und pädagogisch zu verbessern. Das Schulleben werde nicht leichter werden. Über Jahre hinweg werde noch über organisatorische Fragen zu entscheiden sein, wenn Anmeldezahlen und Klassenfrequenzen klarer geworden seien. Auch das Anmeldeverfahren, z.B. an den Gesamtschulen, müsse noch zu diskutiert werden, damit die Gesamtschule auch als Angebotsschule geführt werden könne. Die Gesamtschulen seien bisher das Auffangbecken für schwierige Schülergruppen, z.B. Flüchtlingskinder ohne ausreichende Sprachkenntnisse und Legasthenikerkinder, gewesen, die hier eine besondere Unterstützung erfahren hätten.

Herr Kissing führte weiter aus, dass seine Fraktion die Standortvorschläge der Verwaltung unter Beachtung der Rahmenbedingungen für ausgewogen halte. Die CDU-Fraktion begrüße, dass für die Hauptschule ein Gebäude gefunden worden sei, das dieser Schulform auch eine Chance einräume. Der Umzug der Josefschule werde zwar bedauert, aber eine bessere Lösung der Standortfrage nicht gesehen. Die CDU-Fraktion bekräftige ihre Hilfsbereitschaft auch gegenüber den Nutzern, die ihre Räume verlassen müssten.

Das neue Schulsystem in Kamen, so Herr Kissing, könne nicht ohne die Hauptschule funktionieren. Diese Sorge werde von allen geteilt. Man hoffe, dass mit einer kleinen übersichtlichen Schule eine Schule mit einem eigenen pädagogischen Profil entstehe und Zuspruch bei Eltern und Kindern finde. Dazu gehöre auch ein gesellschaftliches Umdenken bei der Wahl von Schulen. Auf den Schulentwicklungsplan bezogen, der eine einzügige Festschreibung der Josefschule vorsehe, betonte Herr Kissing, dass für seine Fraktion diese Regelung nicht auf Dauer Bestand haben könne.

Herr Kissing schlug für seine Fraktion vor, in den nächsten Monaten folgende Maßnahmen zu überdenken und gemeinsam umzusetzen

- Information aller Eltern des 4. Grundschuljahrganges nach den Herbstferien über die Änderung des Schulsystems in Kamen,
- schnelle Besetzung der Schulleiterstellen,
- Einrichtung einer Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern der Schulleitungen, der Verwaltung und des Rates.

Abschließend sagte Herr Kissing, dass die CDU-Fraktion der Beschlussvorlage zustimme und gleichzeitig um Beratung darüber bitte, bereits heute die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zu beschließen.

Herr **Bremmer** dankte den an der Erstellung des Konzeptes Beteiligten für die gute Arbeit. Das Konzept sei nach Auffassung seiner Fraktion tragfähig. Gegen einzelne Punkte seien Bedenken vorgetragen worden, die die F.D.P.-Fraktion aber nicht an der Zustimmung hinderten. Ein Problem seien die unsicheren Anmeldezahlen. Daher denke auch die F.D.P.-Fraktion, dass gerade die Hauptschule durch ein inhaltliches Konzept, durch die Benennung von Ansprechpartnern und eine umfassende Information der Eltern gefördert werden müsse. Weiterhin werde auch das Problem der Unterbringung der jetzigen Nutzer des VHS-Hauses II gesehen. Lösungsvorschläge würden aber bekanntlich bereits von der Verwaltung erarbeitet.

Für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN legte Frau **Schneider** dar, dass das Konzept zwar nicht euphorisch stimme, aber doch ein Kompromiss gefunden worden sei, der als Grundlage für den Aufbau des neuen Schulsystems geeignet sei. Ihre Fraktion sei sehr gespannt darauf, wie sich die Hauptschule in Kamen behaupten werde und wünsche den Schulen ein gutes Gelingen. Von großem Interesse sei aber auch die künftige Unterbringung der bisherigen Nutzer des VHS-Hauses.

Bezogen auf die Ausführungen von Herrn Kissing betonte Herr **Flaskamp**, dass die politische Bewertung nicht seine Aufgabe sei. Anmerken möchte er aber doch, dass die Erarbeitung einer Informationsbroschüre für die Eltern Vorschlag der Verwaltung gewesen sei. Dieser Vorschlag sei im Schul- und Sportausschuss vorgetragen worden. Die Broschüre befinde sich in Arbeit und werde über die neue Schullandschaft in Kamen, insbesondere auch über die Hauptschule, informieren. Die Einrichtung einer Arbeitsgruppe mit der vorgeschlagenen Besetzung beschreibe exakt den Schul- und Sportausschuss.

Herr **Lipinski** sah es im Sinne der Entwicklung des Schulwesens in Kamen für sinnvoll an, weiterhin den politischen Konsens anzustreben und verzichtete daher darauf, näher auf die Ausführungen von Herrn Kissing einzugehen. Die frühzeitige Besetzung der Schulleitungen sei von den Gegebenheiten her zu beurteilen und werde im rechtlichen Rahmen sicherlich zügig vonstatten gehen. Von der Einrichtung einer Arbeitsgruppe als „Superschulausschuss“ riet Herr Lipinski ab. Die Kompetenz für diesen Aufgabenbereich liege beim Schul- und Sportausschuss und der Ausschuss könne und nähme seinen Aufgaben wahr.

Der Schul- und Sportausschuss sei zu einem großen Ausschuss angewachsen und tage nur selten, wandte Herr **Klein** ein. Ein kleineres Gremium könne flexibler reagieren und mache für die jetzt anstehenden Aufgaben Sinn.

Herr **Flaskamp** unterstrich, dass der Schul- und Sportausschuss die schwierige Umgestaltung der Schullandschaft habe bewältigen können, so dass Zweifel über die Bewältigung von Detailfragen nicht gerechtfertigt seien. Der Schul- und Sportausschuss sei aus guten Gründen zusammengelegt worden. Mit der Einrichtung der Arbeitsgruppe würde parallel dazu ein Schulausschuss gebildet.

Die Geschäfte der laufenden Verwaltung, so Herr **Huße**, seien bisher gut abgewickelt worden. Die SPD-Fraktion sehe diesen Aufgabenbereich als

gut aufgehoben an und halte eine Änderung daher nicht für erforderlich.

Herr **Kissing** teilte die Auffassung von Herrn Hupe nicht. Seine Fraktion habe feststellen müssen, dass die Annahme, Gespräche zwischen der Verwaltung und Schulleitungen seien längst geführt worden, nicht zutreffend gewesen sei. Eine Arbeitsgruppe könne flexibler reagieren als der große Schul- und Sportausschuss. Da sich seitens der SPD-Fraktion andeute, die Einrichtung der Arbeitsgruppe abzulehnen, werde die CDU-Fraktion die Entwicklung in den nächsten Wochen abwarten und ggfls. auf den Vorschlag zurückkommen.

Auf die Bitte von Herrn **Flaskamp** hin, die Schulleitungen, mit denen nicht gesprochen worden sei, zu benennen, lehnte Herr **Kissing** die konkrete Namensnennung ab.

Beschluss:

1. Der Schulentwicklungsplan 2005 wird zur Kenntnis genommen.
2. Den beabsichtigten schulorganisatorischen Maßnahmen an den Gesamtschulen und den Standortvorschlägen für Realschule und Hauptschule wird zugestimmt.

Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Basis des unter „Sachverhalt und Begründung“ dargelegten Sachstandes weiter zu verfahren und das Beteiligungsverfahren gem. § 15 SchMG einzuleiten, die erforderlichen Genehmigungen bei der Bezirksregierung einzuholen und eine neue Rechtsverordnung über die Bildung von Schulbezirken und Schuleinzugsbereichen zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 7.

144/2000

Jahresabschluss des Städt. Hellmig-Krankenhauses Kamen für das Jahr 1999

Herr **Rickwärtz-Naujokat** nahm Bezug auf die Sitzung des Krankenhausausschusses vom 30.08.2000, in der ein einstimmiger Beschluss über den Jahresabschluss des Städt. Hellmig-Krankenhauses für das Jahr 1999 gefasst worden sei. Die Finanzen des Krankenhauses seien gesund. Dieser gute finanzielle Zustand des Krankenhauses sei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Krankenhauses zu verdanken. Wesentlich dazu beigetragen habe aber über Jahrzehnte hinweg der aus dem Amt scheidende Verwaltungsleiter Heinz Henter. Herr Henter habe sich um das Krankenhaus verdient gemacht und dafür gebühre ihm großer Dank. Für die Zukunft wünschte Herr Rickwärtz-Naujokat der Nachfolgerin bzw. dem Nachfolger viel Erfolg.

Herr **Hitz** ergänzte, dass allen die finanziellen Schwierigkeiten vieler Krankenhäuser bekannt seien. Insofern könne man dankbar sein, dass dies auf Kamen nicht zutrefe und auch in diesem Jahr wieder eine gute Bilanz festzustellen sei. Im Namen der CDU-Fraktion dankte Herr Hitz allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die zu diesem guten Ergebnis beigetragen haben.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen stellt den Jahresabschluss und den Lagebericht

des Städt. Hellmig-Krankenhauses Kamen für das Jahr 1999 in der vorgelegten Form fest.

Der Bilanzgewinn beträgt 56.330,35 DM und wird auf das Jahr 2000 vortragen.

Die Kapitalrücklage reduziert sich durch Abschreibungen für das Personalwohnheim auf 377.695,12 DM.

Die Gewinnrücklage beträgt 3.000.000,00 DM.

Die Höhe des festgelegten Eigenkapitals bleibt unverändert.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 8.

134/2000

Jahresabschluss Städt. Sparkasse Kamen 1999

Beschluss:

1. Auf eine Gewinnausschüttung in Höhe von 10 % des Jahresüberschusses an den Gewährträger wird verzichtet, so dass der gesamte Jahresüberschuss in Höhe von DM 1.401.240,62 der Sicherheitsrücklage zuzuführen ist.
2. In den Zeitungen "Hellweger Anzeiger" und "Westfälische Rundschau" soll auf die Auslegung des festgestellten Jahresabschlusses mit Bestätigungsvermerk in den Kassenräumen der Städt. Sparkasse hingewiesen werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Herr **Erdtmann** übergab die Sitzungsleitung an Herrn Menken.

Zu TOP 9.

135/2000

- Jahresabschluss Städt. Sparkasse Kamen 1999 -
Entlastung der Sparkassenorgane

Folgende Mitglieder des Rates nahmen an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil:

Gabriele Bartosch, Heinrich Behrens, Dieter Drescher, Marion Dyduch, Dirk Ebbinghaus, Joachim Eckardt, Jürgen Etzold, Reinhard Hasler, Werner Hitz, Hermann Hupe, Renate Jung, Heinrich Kissing, Klaus-Bernhard Kühnapfel, Friedhelm Lipinski, Ursula Lungenhausen, Karl-Adolf Schneider, Günter Stahlhut, Wilfried Weigel sowie Bürgermeister Manfred Erdtmann

Beschluss:

Den Organen der Städt. Sparkasse Kamen wird gem. § 27 Abs. 3 Sparkassengesetz (SpkG NW) hinsichtlich des Jahresabschlusses 1999 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Herr **Menken** übergab die Sitzungsleitung an Herrn Erdtmann.

Zu TOP 10.

150/2000

Beteiligungsbericht 1999

Beschluss:

1. Der Bericht über die Beteiligungen der Stadt Kamen an Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts gem. § 112 Abs. 3 Gemeindeordnung NW wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Einwohner Kamens auf die Möglichkeit der Einsichtnahme durch Bekanntmachung in den Kamener Bekanntmachungen - Amtsblatt der Stadt Kamen - hinzuweisen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 11.

133/2000

Überplanmäßige Ausgaben im II. Quartal 2000

Die Mitteilungsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 12.

176/2000

Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe für die Sanierung des Bürgerhauses in Kamen-Heeren, Hhst. 880.95000
hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung

Beschluss:

Die nachfolgende, gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW getroffene Dringlichkeitsentscheidung wird gem. § 60 Abs. 1 Satz 3 GO NRW genehmigt.

Bei der Haushaltsstelle 880.95000 - Sanierung des Bürgerhauses Kamen-Heeren - werden 119.000,00 DM überplanmäßig zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 13.

166/2000

Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe bei der HhSt. 4557.67225 Heimpflegekosten

Beschluss:

Der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 790.000,-- DM bei der Haushaltsstelle 4557.67225 – Heimpflege – wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 14.

171/2000

Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe für das Lernen mit neuen Medien

Beschluss:

Für die Anschaffung von Hardware werden außerplanmäßig 142.452,12 DM zur Verfügung gestellt.

Die außerplanmäßige Ausgabe ist gedeckt durch die Landeszuweisung zur Förderung der technischen Ausstattung für das Lernen mit neuen Medien gem. § 18 Abs. 2 GFG 2000.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 15.

Haushaltssituation im laufenden Haushaltsjahr

Herr **Baudrexl** erinnerte zunächst an die Ausgangssituation für das Haushaltsjahr 2000. Es sei ein Haushalt mit einem Gesamtdefizit in Höhe von 2,7 Mio. DM eingebracht worden. 2,2 Mio. DM entfielen auf das jahresbezogene strukturelle Defizit und 500.000,-- DM resultierten aus dem Altdefizit aus Vorjahren. Ferner sei ein Haushaltssicherungskonzept vorgelegt worden mit dem Ziel, das Defizit von 2,7 Mio. DM auf rd. 1,5 Mio. DM zu verringern. Zu erwähnen sei, dass an Altdefiziten aus vorangegangenen Haushaltsjahren lediglich das Altdefizit aus dem Haushaltsjahr 1999 in Höhe von 450.000,-- DM vorhanden sei. Dieses Defizit belaste natürlich vorab den Haushalt 2001.

Zur weiteren Information teilte Herr Baudrexl mit, dass das Land einen Nachtragshaushalt verabschiedet habe, der bei den Kommunen zu höheren Schlüsselzuweisungen führe. Für Kamen bedeute dies eine Bruttomehreinnahme von 438.000,00 DM. Diese verringere sich um ca. 65.000,00 DM für den Solidarbeitrag und ca. 153.000,00 DM für die Kreisumlage, so dass die Nettoverbesserung lediglich ca. 220.000,00 DM betrage. Darüber hinaus bringe der Nachtragshaushalt auch eine um 509.000,00 DM höhere Investitionspauschale mit sich. Aufgrund der Ungenauigkeit im Haushalt, die durch die frühe Haushaltseinbringung bedingt sei, betrage die Verbesserung aber nur 273.000,00 DM.

Zur Entwicklung des bisherigen Haushaltsjahres ging Herr Baudrexl sodann auf die wesentlichen Blöcke ein. Der Haushalt werde wie immer sehr sparsam bewirtschaftet. Im Bereich der Personalkosten würden voraussichtlich am Jahresende Einsparungen von ca. 500.000,00 DM verzeichnet werden können. Bei der Einkommensteuer hingegen betrügen die Mindereinnahmen ca. 740.000,00 DM. Die Einsparungen aus dem Personalbereich seien somit bereits wieder aufgebraucht. Zudem seien gerade überplanmäßige Heimpflegekosten in Höhe von fast 800.000,00 DM beschlossen worden. Unter Berücksichtigung des Nachtragshaushaltes betrüge die Haushaltsverbesserung bei den Schlüsselzuweisungen 648.000,00 DM und bei der Kreisumlage ca. 570.000,00 DM. Im Haushaltsjahr 1999 habe der Haushaltsansatz bei der Gewerbesteuer 17,6 Mio. DM betragen. Die Gewerbesteuer habe sich im vergangenen Jahr sehr gut entwickelt, so dass für das Haushaltsjahr 2000 ein Ansatz von 19,0 Mio. DM gewählt worden sei. Diese optimistische Prognose habe sich als berechtigt erwiesen, da der Haushaltsansatz bereits über-

schritten sei. Wenn am heutigen Tag das Haushaltsjahr beendet würde, dann könne sicherlich gesagt werden, dass das Haushaltsziel, nämlich Verringerung des Defizit von 2,7 Mio. DM auf ca. 1,5 Mio. DM, erreicht sei. Unter Vorbehalt gesagt bestünden aus heutiger Sicht gute Chancen, ein ausgeglichenes Jahresergebnis vorzulegen. Diese vorbehaltliche Aussage beziehe sich allerdings nur auf den Verwaltungshaushalt.

Im Vermögenshaushalt, führte Herr Baudrexel weiter aus, sei beim Jahresabschluss 1999 bekanntlich ein Defizit durch Entnahme aus der Rücklage zu decken gewesen. In diesem Jahr zeichne sich eine durchaus ähnlich schwierige Situation ab. Das Investitionsprogramm sei massiv gekürzt worden. Finanziert würden nur die notwendigsten Maßnahmen. Ziel sei die Vermeidung einer zusätzlichen Nettokreditaufnahme gewesen. Dies führe natürlich auch dazu, dass die relativ geringen Maßnahmen auch umgesetzt werden müssen. Auf der Ausgabenseite sei somit auch kein Einsparungspotenzial vorhanden. Dagegen stünde auf der Einnahmenseite eine relativ hohe Erwartungssituation bei den Erlösen aus Grundstücksverkäufen sowie Erschließungsbeiträgen. Durch die Beteiligung anderer Stellen seien diese Einnahmen nicht allein zu steuern, so dass in diesen Bereichen erhebliche Einnahmeausfälle zu verzeichnen seien. Im Vermögenshaushalt betrage das Defizit voraussichtlich 2,5 bis 3 Mio. DM. Die Entwicklung werde in den nächsten Wochen noch zu analysieren sein. Ein Nachtragshaushalt zum Vermögenshaushalt könne zum jetzigen Zeitpunkt nicht ausgeschlossen werden.

Herr Baudrexel machte abschließend deutlich, dass aufgrund der positiven Entwicklung im Verwaltungshaushalt nicht der Eindruck entstehen dürfe, man könne optimistisch auf das Haushaltsjahr 2001 blicken. Im Bereich der Einkommensteuer werde man sich aufgrund der Steuerreform auf erhebliche Einnahmeverluste einstellen müssen. Die Signale des Landes in Bezug auf die Schlüsselzuweisungen seien auch nicht sehr positiv, so dass keine Entwarnung gegeben werden könne.

Auf die bisherige Praxis der Haushaltseinbringung eingehend führte Herr Baudrexel aus, dass der Haushalt in der Vergangenheit bereits sehr früh im November eingebracht worden sei. Zu diesem Zeitpunkt bestünde hinsichtlich der Daten immer noch eine gewisse Schwankungsbreite, z.B. Höhe der Schlüsselzuweisungen, Kreisumlage, Anteil an der Einkommensteuer etc. Dies führe bekannterweise zu Unschärfen. Durch realistische Prognosen hätten in den vergangenen Jahren aber doch stabile Daten vorgelegt werden können. In diesem Jahr sei nicht auszuschließen, dass die Daten des Landes, bedingt auch durch den Nachtragshaushalt des Landes, erst erheblich später vorlägen. Sollte dies der Fall sein, werde die Verwaltung vorschlagen, den Haushalt erst später einzubringen. In der jetzigen Situation könne die Einnahmesituation entscheidend dafür sein, ob ein Haushaltssicherungskonzept benötigt werde. Die Verwaltung arbeite an der Haushaltsaufstellung und würde es auch begrüßen, diesen wie gewohnt einzubringen. Für die Haushaltsberatungen der Fraktionen könnten somit in jedem Falle Arbeitsgrundlagen vorgelegt werden können.

Herr **Madeja** hoffte, dass die Prognose von Herrn Baudrexel, wie in den vergangenen Jahren auch, nur pflichtgemäß negativ sei und das Haushaltsergebnis letztlich positiver als dargestellt ausfallen werde. Gegen den Vorschlag, den Haushalt aufgrund der fehlenden Zahlen des Landes später einzubringen, habe die SPD-Fraktion keine Einwände.

Herr **Kissing** sah die Haushaltssituation für das laufende Jahr als erfreulich an. Die Zahlen seien durch die Bemühungen des Verwaltungshandelns besser als noch zu Jahresanfang angenommen. Auch die Kommunalpolitik habe ihren Anteil daran, da von allen Seiten Forderungen zurückgehalten worden seien. Ärgerlich sei in diesem Zusammenhang dann die hohe Ausgabe für Heimpflegekosten. Hier handele es sich um ein gesellschaftliches Problem, das noch zu diskutieren sei. Ein weiterer Gesichtspunkt sei auch, dass die Vorschläge seiner Fraktion zur Finanzwirtschaft der Stadt in den letzten Jahren nur zeitversetzt berücksichtigt worden seien. Inzwischen gebe es natürlich auch nur noch wenig Einsparungsvorschläge, wolle man nicht die freiwilligen Leistungen radikal abbauen. Zum Ausblick für das nächste Jahr teile er nicht die Annahme von Herrn Madeja, dass Herr Baudrexl pflichtgemäß negativ berichtet habe. Nach seiner Einschätzung werde für das Jahr 2001 über ein Minus von 4 – 5 Mio. DM nachzudenken sein. Nachdenklich mache, wie die Defizite des Bundes über das Land an die Kommunen weitergegeben würden.

Herr **Erdtmann** machte deutlich, dass Diskussionen zur Bundes- und Landespolitik an anderer Stelle zu führen seien.

Durch Steuersenkungen habe es in der Vergangenheit keinen Eingriff in die kommunalen Finanzen geben können, so Herr **Hupe**, da es auch keine Steuerreform gegeben habe. Die Verabschiedung der Steuerreform werde begrüßt. Es bleibe abzuwarten, wie die konkreten Zahlen auf den einzelnen Ebenen aussehen werden. Sicherlich werde es Einnahmever schlechterungen geben, die seiner Einschätzung nach bei ca. 2,5 Mio. DM liegen dürften. Herr Hupe stimmte mit Herrn Kissing darin überein, dass die Fraktionen sich mit Forderungen zurückgehalten hätten. Seine Fraktion habe insbesondere Wert darauf gelegt, das Daseinsvorsorgeangebot in der Stadt aufrecht zu erhalten. Umso mehr nehme die SPD-Fraktion Interesse daran, zeitnah aus dem Haushaltssicherungskonzept herauszukommen, um nicht das Prüfraster durchlaufen zu müssen. Sorge bereite gerade der investive Bereich. Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen des letzten Jahres sei einvernehmlich vereinbart worden, vor den Haushaltsplanberatungen für das Jahr 2001 über den investiven Bereich zu diskutieren und gemeinsam eine Prioritätenliste zu erarbeiten. Diese Diskussion sollte angesichts der Situation im Vermögenshaushalt möglichst bald geführt werden. Die SPD-Fraktion begrüße den Vorschlag der Verwaltung, den Haushalt erst nach Bekanntwerden und Prüfung der realistischen Zahlen einzubringen.

Herr **Hasler** bezog sich auf die Aussagen von Herrn Baudrexl zum Haushaltsjahr 2001. Vor zwei Jahren sei argumentiert worden, dass die Probleme nicht hausgemacht seien. Diese Argumentation sei nicht mehr zu hören. Bezeichnend sei aber, dass die Probleme insbesondere dort lägen, wo keine Möglichkeit bestünde, steuernd einzugreifen. Alle Sparbemühungen würden konterkariert, wenn auf Bundes- und Landesebene Entscheidungen ohne Berücksichtigung der kommunalen Interessen getroffen würden. Die Steuerreform verringere die direkten Steuern und erhöhe die indirekten Steuern. Die indirekten Steuern habe die Kommune aber in vielen Bereichen mitzutragen. Zum investiven Bereich sagte Herr Hasler, dass der Investitionsbedarf unbestritten vorhanden sei. Vor neuen Investitionen dürfe aber die Substanzerhaltung nicht vernachlässigt werden.

Die Steuerreform, betonte Herr **Erdtmann**, komme breiten Bevölkerungskreisen zugute. Eine Beteiligung der Kommunen sei selbstverständlich. In der Vergangenheit aber seien Lasten einfach auf die Kommunen verteilt worden.

Herr **Klein** fragte an, inwieweit sich die drastisch gestiegenen Energiekosten auf den städtischen Haushalt auswirkten.

Zur Frage des Substanzerhalts wies Herr **Baudrexl** auf das Investitionsprogramm der letzten Jahre hin. Insbesondere im Schulbereich sei ein gigantisches Programm abgewickelt worden. Die Notwendigkeit werde auch weiterhin gesehen. Herr Baudrexl teilte die Auffassung der Fraktionen, dass es durch gemeinsames Handeln gelungen sei, die derzeitige Haushaltssituation zu erreichen. Durch gute Jahresabschlüsse und erfolgreich umgesetzte Haushaltssicherungskonzepte befinde man sich an einer Nahtstelle, an der der Eindruck gewonnen werden könne, aus der Haushaltssicherung herauszukommen. Das Ziel sei zum Greifen nah, aber noch nicht erreicht. Intention der Verwaltung sei daher, den Haushalt möglicherweise einen Monat später einzubringen. Angesichts der im Raum stehenden Zahlen warnte Herr Baudrexl aber vor zu großem Optimismus. Auf die Frage von Herrn Klein antwortete Herr Baudrexl, dass er aus dem Stegreif keine Zahlen für das laufende Jahr nennen könne, die gestiegenen Energiekosten im Haushalt 2001 aber ablesbar sein werden.

Zu TOP 16.

Aufstellung einer Europaflagge im Ratssaal
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Herr **Erdtmann** machte auf die bereits aufgestellte Europaflagge aufmerksam.

Herr **Kissing** dankte für die schnelle Reaktion seitens der Verwaltung.

Zu TOP 17.

Einwohnerfragestunde

Anfragen an die Verwaltung von anwesenden Einwohnerinnen oder Einwohnern wurden nicht gestellt.

Zu TOP 18.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen

1. Herr **Erdtmann** teilte mit, dass das Einzelhandelsgutachten für das östliche Ruhrgebiet und angrenzende Bereiche vorliege und im Rahmen einer Informationsveranstaltung der Stadt und der Gewerbevereine unter Regie des Heimat- und Verkehrsvereins vorgestellt werde. Die Vorstellung sei am Montag, 13.11.2000, 19.00 Uhr, in der Kundenhalle der Sparkasse Kamen-Mitte. Die Vorstellung und Erläuterungen zum Konzept werde der Gutachter selbst vornehmen. Zu der Veranstaltung würden in Kürze der Rat, Vertreter der Gewerbevereine und des Einzelhandels eingeladen. Die Fraktionsvorstände erhielten auf Wunsch vorab einige Exemplare des Gutachtens zur Vorbereitung.

2. Herr **Erdtmann** rief zu einem Schweigemarsch am 09.11.2000 um 15.00 Uhr vor der an diesem Tag terminierten Ratssitzung in die Innenstadt und zum jüdischen Mahnmal auf. Dort werde wie in jedem Jahr zum Gedenken an die Reichspogromnacht ein Kranz niedergelegt. Herr Erdtmann hoffte auf eine zahlreiche Beteiligung, vor allem auch seitens der weiterführenden Schulen.
3. Aus dem Sofortprogramm des Landes erhalte die Stadt Kamen Zuwendungen in Höhe von ca. 48.000,00 DM für die Durchführung von Maßnahmen in den Kommunen gegen Rechtsextremismus und Fremdenhass, informierte Herr **Erdtmann** weiter. Damit sollen vorwiegend Projekte in den Schulen, der Weiterbildung, im Bereich der Kultur oder des Sports, z.B. zur Stärkung von Zivilcourage, auch aber der präventiven Öffentlichkeitsarbeit, finanziert werden. Eine Arbeitsgruppe innerhalb der Verwaltung koordiniere entsprechende Maßnahmen.
4. Herr **Baudrexl** nahm Bezug auf die Anfrage von Herrn Behrens in der Sitzung des Rates am 08.06.2000 zur Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie). Herr Behrens habe angefragt, ob die Stadt Kamen verpflichtet sei, Informationen im Sinne der FFH-Richtlinie bekannt zu machen und ggf. dieser Verpflichtung nachgekommen sei. Die Richtlinie greife für das Stadtgebiet Kamen nicht. Im Kreis Unna seien mit dem Cappenberger Wald und der Lippeaue nur 2 Bereiche betroffen. Eine Informationspflicht hätte die Verwaltung nur dann gesehen, wenn ein Gebiet in der Stadt Kamen betroffen wäre, da eine Unterschutzstellung erhebliche Nutzungseinschränkungen in den Gebieten zugunsten des Naturschutzes beinhalten würde. Für Interessenten liege die Informationsschrift des Ministers für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft im Eingangsbereich des Ratssaales aus.

Anfragen

1. Herr **Kissing** regte seitens der CDU-Fraktion an, die Zuwendung aus dem Sofortprogramm des Landes schwerpunktmäßig für den Kauf von geschichtlichen Unterrichtsmaterialien in den Schulen zu verwenden.

Herr **Erdtmann** sagte zu, die Anregung mitzunehmen. Zunächst müssten weitere Vorschläge und Aktivitäten abgewartet werden.

2. Herr **Menken** bat um Mitteilung, ob der Verwaltung schon ein Zeitplan für den Ausbau der östlichen Königstraße vorliege.

Die Stadt habe alle Pläne und Unterlagen erstellt, antwortete Herr **Flaskamp**. Zur Zeit werde auf die Bereitstellung des Finanzierungsanteil seitens der Deutschen Bahn AG und des Bundes gewartet. Es sei auch ein vorzeitiger Baubeginn beantragt worden. Die Antwort hierauf habe gelautet, dass die Stadt zwar mit dem Ausbau beginnen könne, allerdings nur unter dem Vorbehalt noch fehlender Finanzmittel. Das Risiko belaufe sich auf ca. 500.000,00 DM. Unter diesem Aspekt werde die Finanzierung der anderen Träger abgewartet.

3. Frau **Scharrenbach** sprach den Weltkindertag am 17.09.2000 an. Der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr habe an diesem Tag eine Aktion aufgelegt, die es Kindern bis einschl. des 13. Lebensjahrs ermögli- che, im Tarifbereich des VRR kostenlos zu fahren. Die CDU- Fraktion rege an, für den kommenden Weltkindertag ein ent- sprechendes Angebot auch in Kamen vorzuhalten und sich darüber hinaus im Verkehrsverbund Ruhr-Lippe für eine solche Aktion einzusetzen.
4. Herr **Kloß** bezog sich auf Presseinformationen zum Hof von der Heide und fragte an, ob es zutrefte, dass das Gutachten des Denkmalamtes dem Parlament vorenthalten worden sei. Ferner bat Herr Kloß um Mitteilung, ob die vom Ministerium geforderte Stellungnahme erfolgt sei und hierüber eine Information der Rats- vertreter erfolgen werde.

Herr **Baudrexl** beantwortete zunächst die 3. Frage. So sei Herrn Kloß als Nichtmitglied des Planungs- und Umweltausschusses nicht bekannt, dass in der letzten Sitzung vorgetragen worden sei, zu den Themen "Hof von der Heide" und "Hof Volkermann" in der Oktober-Sitzung je einen Tagesordnungspunkt vorzusehen. Die Behandlung erfolge unter anderem erst in der Oktober-Sitzung, da bis zu diesem Zeitpunkt voraussichtlich der Prüfungsbericht des Ministeriums vorliege und das Ergebnis dieses Berichtes Gegen- stand der Beratungen sein werde. Die 2. Frage bezüglich der erfolgten Stellungnahme wurde von Herrn Baudrexl bejaht. Auf die 1. Frage legte Herr Baudrexl dar, Fakt sei, dass es wie häufig in Denkmalanangelegenheiten einen unterschiedlichen und umfang- reichen Schriftwechsel zwischen unterschiedlichen Behörden gebe. Dieser habe auch in diesem Fall stattgefunden. In der März- Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses habe es einen umfassenden Bericht zu diesem Thema gegeben. Zu diesem Bericht seien keine weiteren Nachfragen aus dem Gremium erfolgt. Der komplette Schriftwechsel der Denkmalbehörden unter- einander habe natürlich nicht dem Planungs- und Umweltaus- schuss vorgelegen, was aber auch nicht ungewöhnlich sei.

Herr **Kloß** wandte ein, dass ein Passus unterschiedlich verstanden werden könne. Erst bei eigenem Nachlesen könne man sich selbst ein Bild machen.

Herr **Baudrexl** wies darauf hin, dass die Aussagen zu den beiden Höfen nicht verwechselt werden dürften.

Weitere Anfragen wurden nicht gestellt.

Vor Abschluss des öffentlichen Teils der Ratssitzung verabschiedete Herr **Erdtmann** den Redakteur des Hellweger Anzeiger, Herrn Rolf Helmboldt. Herr Helmboldt habe das Leben der Stadt Kamen ein Berufsleben lang begleitet. Zwischen Presse und Politik gebe es ein Verhältnis besonderer Art und habe seine Ursache in der besonderen Bewertung. Dabei sei auch die Objektivität in der Bewertung eines besonders schwierige Angelegenheit. Herr Erdtmann betonte, dass Herr Helmboldt immer fair gewesen sei, auch wenn die Dinge manchmal anders gesehen wurden.

Dies liege aber nicht an den Beteiligten, sondern oft auch in der Natur der Sache. Herr Erdtmann bedankte sich für die lange gute Zusammenarbeit und wünschte Herrn Helmboldt für die Zukunft Gesundheit und noch viele gemeinsame Jahre in dieser Stadt.

gez. Erdtmann
Bürgermeister

gez. Lantin
Schriftführer